

Kreistagsfraktion Uckermark, Karl - Marx - Straße 1, 17291 Prenzlau

Prenzlau, am 12. Oktober 2007

Antrag an den Kreistag Uckermark am 28.11.2007

Beschlussvorschlag:

Die Drucksache 94/2007 ist im Beschlusstext wie folgt zu erweitern:

„Der Gesetzgeber wird aufgefordert, Regelungen zu treffen, die die bildungspolitischen Belange strukturschwacher Regionen des Landes derart berücksichtigen, dass die Bildungslandschaft des ländlichen Raumes ausgewogen gestaltet wird.

Dies kann zum Beispiel durch die Verringerung von Klassenfrequenzen oder auch den Verzicht auf Mindestzügigkeiten geschehen.“

Begründung:

Die vorgelegte Schulentwicklungsplanung beschreibt Entwicklungstendenzen auf der Grundlage geltenden Rechts. Die Betrachtungsweise legitim auch auf die politische Ebene erweiternd, ist es notwendig, den Gesamtprozess unter zwei generellen Blickwinkeln begleitend voranzutreiben:

- a) der Wahrnehmung der Verantwortung der Abgeordneten für eine verlässliche allgemeine Planungsgrundlage im Sinne aller an Bildung Beteiligten und
- b) der Wahrnehmung der Verpflichtung, für eine angemessene Berücksichtigung der legitimen Interessen einer peripheren ländlichen Region mit Blick auf die Wahrung weitgehend gleicher Lebens-, Bildungs- und Entwicklungschancen für die Menschen durch den Gesetzgeber Sorge zu tragen.

Dies beinhaltet insbesondere die Umsetzung der Erkenntnis, dass eine nicht adäquate Berücksichtigung berechtigter bildungspolitischer Forderungen durch das Land den Prozess der verantwortungsvollen Schulentwicklung keinesfalls beeinträchtigen oder gar zum Erliegen bringen darf.



Frank Bretsch
Stellv. Fraktionsvorsitzender